

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages; / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch den Postboten in Kemberg 1,35 M., in den Sandorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. Im Falle höherer Gewalt: Betriebsführung Streik usw. ersichtlich jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5gepaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gepaltene Kleinzeile 40 Pfg., Auskunftsgebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Niederlage unentgeltlich geschehener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Zeilenzugabegebühr: 10.— M. Das Zahlen, zuzüglich Postgebühren, Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 95

Donnerstag, den 13. August 1931

33. Jahrg.

„Die Bildung zum Staatsbürger“

Verfassungsfeier im Reichstag,
Berlin, 12. August.

Zur Feier des Verfassungstages hatten in der Reichshauptstadt die Reichs-, Staats- und städtischen Behörden, die Verkehrsanstalten und die Feiernutzer wie üblich gesammelt. Dem Ernst der Zeit entsprechend, war der Reichstagsgebäude vorwiegend, aber sehr einfach geschmückt. Rings um den Saal, in dem die Feier der Reichsregierung stattfand, lagen sich schwarz-rot-goldene Fahnenständer, über dem Platz des Redners war ein großer Reichsadler angebracht. Darunter stand auf dem Bräutigamsputz eine Bronzebüste des Freiherren vom Stein von Blumen umgeben. Von der Brüstung der Bräutigamsloge hing die Fahne des Reichspräsidenten herab. Das Reichstagsgebäude war durch ein großes Polizeiaufgebot gesichert. Pünktlich um 12 Uhr nahm Reichspräsident von Hindenburg, von der Verkleidung durch Erheben von den Plätzen gehend, in der Loge Platz. Hierauf setzte der Chor ein, mit der Motette von Johann Sebastian Bach: „Der Geist hilft“. Der Stellvertreter des Reichstagsleiters,

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich

ergriff jedoch das Wort zur Antrittsrede. Er führte u. a. aus: Vor acht Jahren hat an dieser Stelle Professor Dr. Anshütz davon gesprochen, daß die Regierung in trüber Zeit eingeladen habe zu einer vaterländischen Feierstunde. Eine Periode des Aufstiegs hat sich an jenes fürdurable Jahr angegeschlossen. Aber der Stolz des Weltkrieges und des Zusammenbruchs ist noch nicht überwunden. Gerade jetzt erheben sich die Wägen von neuem und drohen der geläuterten Aufbaubarbeit den Untergang zu bereiten. Doch die Urkräfte unserer erneuten Kraft liegt tiefer.

Die Anreize und das Mißtrauen in der Welt sind letzten Endes auf politische Gründe zurückzuführen. Es ist nicht eine Krise der Wirtschaft allein, sondern es ist die Krise der Friedensverträge, die an uns rüttelt.

Die Ruhe, mit der das Volk die Sorgen der letzten Wochen trug und die Einsicht, mit der es sich den harten Maßnahmen der Regierung fügte, war imponierend. Der deutsche Staatsbürger hat keine lange Geschichte. Gemeinlich geht man davon aus, daß Freiheit vom Stein ihm geschaffen hat. Als Preußen zerbrach war, hat der große Staatsmann die Vorbereitungen der Erhebung Preußens geschaffen, indem er einen neuen Staatsbürger schuf.

Die Gedanken Steins gingen dahin, über alle Territorialgewalten hinweg das Reich der Deutschen wieder zu einem machtvollen Gemeinwesen zusammenzubringen.

Die Aufhebung der Leibeigenschaft in Preußen, die Verwindung der Domänenbauern in freie Eigentümer, die Bildung städtischer Gemeinden durch die Städteordnung von 1808, mußte die Liebe zur Gemeinde und Teilnahme an Gemeindegangelegenheiten zu erwecken. Heute haben wir das reichste Bürgerrecht in Gemeinde und Reich, trotzdem befinden wir uns in einer Krise, die aus daher kommt, daß das mündige deutsche Volk an Gemeinden und Reich Ansprüche erhebt, denen viele nicht gewachsen sind. Der Aufbau unserer Wirtschaft hat sich vielleicht auch nach solchen Richtungen bewegt. Es wäre besser gewesen, das platte Land mehr zu entwickeln, als die großen Städte ständig anzuwachsen zu lassen.

Wir befinden uns mitten in einer großen wirtschaftlichen Umwälzung. Das Verhalten unseres Volkes in den letzten Monaten hat gezeigt, daß es in seiner Mehrheit willens ist, auf dem bisherigen Wirtschaftssystem weiterzubauen. Es müssen aber auch neue Wege betreten werden. Auch in der Verwaltung des Reiches, der Länder und der Gemeinden sind Fehler begangen worden.

Man hat die Aufgabe des Staates übersehen und sich einen Apparat geschaffen, den angestrebt zu haben ein dauernde Sorge ist. Es kommt darauf an, Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden richtig zu verteilen und damit die Verwaltungsmaßnahme zu entspannen.

Das Fundament, das die Weimarer Verfassung dem deutschen Volk gegeben hat, ist durchaus gesund.

Die Grundgedanken müssen bleiben. Aber auch eine Neuorganisation der Gemeinden ist notwendig. Ihre Finanzen sind zerrüttet und die Vorwürfe gegen ihre Finanzwirtschaft sind heftig.

Der Einzelne muß an die Spitze seiner politisch-wirtschaftlichen Befähigung den Gedanken an das Reich und an das deutsche Volk stellen. Erst wenn die Notwendigkeit dem Staat zu verteidigen die überwiegenden Schichten unseres Volkes beherzigt, werden wir im wahren Sinne des Wortes eine Nation sein. Deswegen ist die Bildung des Staatsbürgers das große Problem. Wie wird es auf uns selbst und keine glänzende Geschichte und wir verbinden heute mit der Achtung vor der Vergangenheit, den Glauben an Deutschlands Zukunft.

Nach der Rede Dietrichs trug der Chor die Hymne Schaub's „Saemann Deutschland“ vor. Darauf erklärte

Reichstanzler Dr. Brüning

u. a. folgendes: Die Feier des Verfassungstages fällt in eine Zeit wirtschaftlicher Not. Die Bedrängnis der Gegenwart findet ihre greifbare Parallele in den Jahren, in denen der große Staatsmann Freiherr vom Stein lebte, der Wegbereiter deutscher Einheit und Freiheit, der Führer zum wohlhabenden Staat. Nach Stein sollten die Bürger des geeinten deutschen Volkes die mündigen Träger eines freien Staates sein. An der Wiege seines Zukunftswohlfests liegt die Verfassungsfeier vom 11. August 1819 als bedeutungsvoll, wenn auch nicht in allem vollendete Erfüllung.

Die Erinnerung an diesen großen Deutschen soll uns Mahnung sein, alle aufwändigen Kräfte einzusetzen zur Überwindung der Not und Gefahren dieser Tage.

Die in der Reichsverfassung gegebene Freiheit und Mündigkeit muß uns allen ein Appell sein, uns der Bürgerpflicht zu erinnern, die diesen Bürgerrechten entspricht. Der Verfassungstag ist ein Beleg des ganzen deutschen Volkes. Dieses sich Bestimmen auf das Einmüde muß auf dem Gebiet des politischen Handelns zu fruchtbareren Ergebnissen führen.

Auf die Zeit der Not, in die Steins Schaffen fiel, folgte der Aufstieg. So soll uns auch jetzt die Zuversicht erfüllen auf eine bessere Zukunft und den Wiederaufstieg unseres Vaterlandes. In diesem Sinne bitte ich Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: Das in der Republik geeinte deutsche Volk, es lebe hoch!

Vor dem Reichstag

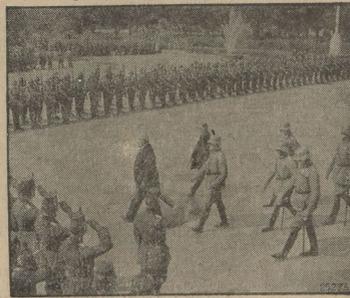
Nach der Feier begab sich der Reichspräsident in Begleitung des Kanzlers und des Reichstagspräsidenten vor das Hauptportal des Reichstages, wo er von einer zahlreichen Menge mit lebhaften Hochrufen begrüßt wurde. Unter den Rängen des Präzidentenmarsches schritt der Reichspräsident, begleitet vom Reichswehrminister, General Haase und dem Stadtkommandanten von Berlin, General Schreiber, die Front der Ehrenkompagnie ab. Der Reichspräsident begab sich hierauf im Kraftwagen, von der Menge immer wieder lebhaft begrüßt, in sein Palais zurück.

Feier der Berliner Schupolizei.

Wie alljährlich, so hielt auch in diesem Jahr die Berliner Schupolizei ihre Verfassungsfeier wieder im Lustgarten ab. Trotz des regnerischen Wetters hatte sich eine große Zuschauermenge eingefunden. Polizeipräsident Grzesinski, Vizepolizeipräsident Dr. Weiß, Oberst hellriegel, Vertreter des Innenministeriums, der Kriminalpolizei, der Landjägerei usw. waren zugegen. Die Feier wurde mit der Schupolizei eröffnet. Hierauf ergriff Polizeipräsident Grzesinski das Wort zu einer Ansprache, in der er allen, die im vergangenen Jahre dem Staate treu gedient haben, seinen Dank aussprach. Der Polizeipräsident gedachte dann der durch Muehlmord getöteten Polizeibeamten.

Durch eine Minute tiefen Schweigens ehrte man die Toten. Die Fahnen senkten sich, dumpfer Trommelwirbel erklang.

Nach dem Deutschlandlied überreichte der Polizeipräsident dem Kommandanten der Schupolizei eine von ihm gestiftete Standarte, die auf der Vorderseite die preußischen Farben sowie den Polizeistern und auf der Rückseite die Farben des Reiches trägt. Diese Standarte soll zum ersten Mal hinter den Särgen der beiden ermordeten Polizeihauptleute getragen werden.



Hindenburg vor der Front der Ehrenkompagnie.

Preußen und die Reichsreform.

Ein neuer Volksentscheid?

Von besonderer Seite wird geschrieben:

Die preußische Staatsregierung hat sich in ihrer gesamtstaatlichen Haltung bemüht, den Dualismus zwischen Reich und Preußen herabzumindern. Allein schon dieser politische Gesichtspunkt ist für die Frage der Reichsreform zwingend

es kommt aber dazu der Beerlauf im Verwaltungsapparat oder, was noch schlimmer ist, das Gegenüberarbeiten von Behörden im Reich und in Preußen.

Ein Reichsministerium des Innern und ein preußisches Ministerium des Innern sollten in einer Zeit wie der heutigen unzulässig sein; das gleiche gilt für das Reichs- und Landesverwaltungsministerium und für das preußische Landesverwaltungsministerium. Das preußische Handelsministerium verfügt über einen ausgezeichneten Beamtenapparat, der auch in der Lage ist, die Verkehrsfragen zu meistern — im Reichsverwaltungsministerium sigen trotzdem 62 Referenten.

Dieser Zwang zur Reform im Behördenwesen hat zu Überlegungen des preußischen Ministerpräsidenten geführt, die einsteilen das Ziel haben, die Verwaltungsreform ohne Verfassungsänderung durchzuführen, und zwar auf dem Wege der Verwaltungsgemeinschaften zwischen Reich und Preußen. Das gilt zum Beispiel für das Gebiet der Justiz, der Landwirtschaft usw. Es würde liberal begrüßt werden, wenn sich der preußische Ministerpräsident jetzt entschließen könnte, auf dem Gebiete der Reichsreform die Initiative zu ergreifen.

Eine Reichsreform gegen Preußen ist nicht möglich, mit Preußen aber in kurzer Zeit durchführbar.

Unabhängig von den Erörterungen, die über diese Fragen in der preußischen Staatsregierung gepflogen werden und die sich bisher auf politischen Entscheidungen noch nicht veräußert haben, ist es jetzt aber die Aufgabe des Reichsinnenministeriums, seinen Gesetzentwurf über die Reichsreform zur Diskussion zu stellen. Sollte sich zeigen, daß dafür eine parlamentarische Mehrheit im Reichstag nicht zu erlangen ist, so bleibt demnach nur der Weg, den Volksentscheid zu veranlassen, der allein Aussicht auf Erfolg hat, den Volksentscheid zur Reichsreform.

Milderung der Rotverordnung.

Die Befugnisse der Länder werden eingeschränkt. — Das Reich muß zustimmen.

Berlin, 10. August.

Der Reichspräsident hat die bereits angeordnete Verordnung zur Änderung der Pressenotverordnung, die ihm auf seinen persönlichen Wunsch von der Reichsregierung vorgelegt wurde, am Montagabend unterzeichnet. Die wichtige Bestimmung der neuen Verordnung besteht darin, daß Kundgebungen der Länderregierungen auf Grund der Pressenotverordnung vorbereitend vorgelegte Zustimmung der Reichsregierung abhängig gemacht werden.

Die neue Verordnung schreibt eine stärkere Zentralisierung bei der Handhabung des Rechtes vor, von einer periodischen Druckschrift die Aufnahme amtlicher Kundgebungen oder Entgegnungen zu verlangen. Das Verlangen kann nur noch von einer obersten Reichs- oder Landesbehörde ausgehen. Die bisherige Möglichkeit der Delegation auf nachgeordnete Stellen fällt weg. Eine weitere Einschränkung ist für solche Verlautbarungen der obersten Landesbehörde vorgeschrieben, die sich als Kundgebungen darstellen.

Ihre Annahme kann nur im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern verlangt werden.

Die Art und Weise des Abdrucks zu regeln, ist den Ausführungsbestimmungen des Reichsministers des Innern überlassen, die auch die Zahlung einer Vergütung vorschreiben können, soweit der Abdruck einen bestimmten Umfang übersteigt.

Das Schwereverfahren.

Um dem berechtigten Interesse entgegenzukommen, das die Öffentlichkeit und die von einem Verbot betroffene Zeitung an einer größtmöglichen Beleuchtung des Schwereverfahrens haben, ist allgemein bestimmt, daß jede Schwere über ein Verbotserbot (Spezialgesetz) im fünften Tage nach ihrer Einlegung auf den Instanzengemeinde Stelle zugeteilt sein muß, von der aus die Beschwerde dem Reichsgericht zur Entscheidung vorzulegen ist.

Wird die Frist veräußert, so ist das Verbot von der jeweils zuständigen Stelle, d. h. von der Stelle, die mit ihm bei oder nach Ablauf der Frist befaßt ist, ohne lässliche Zögerung sofort anzuhängen.

Diese Vorschrift ist nicht auf den Bereich der sogenannten Pressenotverordnung beschränkt, sondern gilt auch für Setzverbote, die auf Grund der ersten Verordnung des Reichspräsidenten zur Befämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 und auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik ergehen.

Von weiteren Milderungen der Pressenotverordnung, wie sie angeregt worden sind, glaubte die Reichsregierung nicht absehen zu müssen. Insbesondere erschien es ihr angedehnt der Terrorakte des vergangenen Sonntags zur Zeit unentzerrbar die Maßnahmen zu befehlen oder abzuschwächen, die nach der Verordnung zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zulässig sind.

In den Ausführungsbestimmungen hat der Reichsminister des Innern sowohl für die Handhabung des Kundgebungs- und Entgegnungsrechtes wie für den Erlaß von Presseverboten Richtlinien aufgestellt, die den

berechneten Wünschen der Presse entgegenkommen. Bei Rundgebungen, die Entgegnungen auf ein Raum von 500 Worten nicht erlauben, werden überflüssige Zeilen nicht zu befragen. Die Anforderungen bezüglich des Abdrucks sollen sich regelmäßig im Rahmen der technischen Möglichkeiten halten, die der Zeitung zur Verfügung stehen.

Vor dem Erscheinen jedes Verboteseines Zeilung soll geprüft werden, ob der erstbezeichnete Zweck nicht schon durch eine Verwarnung oder eine amtliche Entgegnung erreicht werden kann.

In leichteren Fällen ist statt eines Verbotes zunächst lediglich eine Verwarnung auszusprechen, wenn der Verleger zur Veröffentlichung einer entsprechenden Wiedergutmachungserklärung bereit ist.

Die Verwertung der Ernte.

Dr. Schiele über die Hilfsmaßnahmen der Reichsregierung. Reichsernährungsminister Dr. Schiele sprach im Rundfunk über die Ernteförderung und die auf diesem Gebiet von der Reichsregierung eingeleiteten Hilfsmaßnahmen. Wie der Minister ausführte, gilt es im Augenblick zu verhindern, daß weitere Teile der Landwirtschaft leistungsunfähig werden und versinken, bevor wir wieder festes Land unter den Füßen haben.

Die Reichsregierung habe deshalb ihrerseits die notwendigen Schritte eingeleitet, um ein Lebensnotwendiges in der Landwirtschaft zu verhindern und auf der anderen Seite die Aufnahmefähigkeit des Marktes für das herandrängende Angebot zu vergrößern. Die erste Aufgabe, einem überelastischen auf den Markt bringen der Ernte vorzubeugen, könne gelöst werden, wenn die Landwirtschaft trotz ihrer bedrückten Lage ihre Anbau- und Befruchtungsbemühungen, und keinesfalls zu überflüssigen Anstrengungen schreite.

Um durch Verringerung des Selbstbedarfes der Landwirtschaft eine amtliche Verwertung der Ernte zu ermöglichen habe sich die Reichsbank zu Verhandlungen bereit erklärt, die von ihr revidiert werden.

Landwirtschaftlichen Wechsel zu prolongieren.

Zur Beschaffung von Geld werde dem Landwirt meistens die Lombardierung seiner Erntebriefe zu eigens hierfür verbilligten Zinssätzen in Betracht kommen, doch die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft durch Notverordnung ermächtigt worden sei, indolente Lagerheime auszuführen.

Weiter diese allgemeinen Maßnahmen zur Stärkung des Getreidemarktes hinaus werde beim Roggen ein Ueberwindung des Saisonrückes in erster Linie eine Regagierung von möglichst einigen hunderttausend Tonnen stehen. Die Entlastung des Roggenmarktes werde weiterhin dadurch gefördert werden, daß schon in den nächsten Tagen die Möglichkeit geschaffen werde, Roggen auszulagern.

Diskont auf 10 Prozent gesenkt.

Der Lombardfuß auf 15 Prozent ermäßigt.

Berlin, 12. August.

Die Reichsbank hat mit Wirkung ab 12. August den Diskontfuß von 15 Prozent auf 10 Prozent und den Lombardfuß von 20 auf 15 Prozent herabgesetzt.

In der Sitzung des Zentralauschusses begründete Reichsbankpräsident Dr. Luther die Herabsetzung wie folgt: Die jüngere Diskontmaßnahme vom 1. August hatte den ausgeprochenen Zweck, die Wiederaufnahme des witteren Zahlungsverkehrs vorzubereiten und seine Durchführung zu erleichtern. Die an die Erhöhung geknüpften Erwartungen haben sich in vollem Umfang erfüllt. Der Uebergang zum normalen Bankverkehr hat sich ohne nennenswerte Ausweitung des Kreditbestandes der Reichsbank und des Umlaufes an Zahlungsmitteln vollzogen. Nach dem Status vom 7. d. M. ist zu diesem Tage bereits wieder eine Rückbildung der Mittel der Reichsbank um 122 Millionen Mark und des Gesamtumlages an Zahlungsmitteln um 107 Millionen Mark eingetreten. Auch die Wiedereröffnung der Sparkassen ist durchaus befriedigend verlaufen. Da auch sonst im Wirtschaftsleben deutliche Entspannungserkmale unmerkbar sind, glaubt die Reichsbank, nicht länger zögern zu sollen, den Notdiskont von seiner gegenwärtigen Höhe wieder auf 10 Prozent herabzusetzen; sie ist dabei bemüht, daß auch die neuen Umsätze der Wirtschaft noch außerordentliche Lasten auferlegen, und sieht es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an, ihrerseits alles zu versuchen, was geeignet ist, weitere Diskontermäßigungen zu ermöglichen.



Zur Höher
Roman von Elisabeth Borchardt

33. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Sie trug dennoch nicht ganz,“ fiel die Wissenschaftliche ein, „er ist ein Künstler, wenn auch anderer Art, als wir vielleicht vermuten. Aber, ein italienischer Volksmännchen, der unterst Teil gelesen hat, das bietet immerhin ein Unikum. Sollte er uns auch hierin etwas weis gemacht haben? Denn schließlich angeführt hat er uns doch, indem er uns seinen Stand verheißt, ja sich gewissermaßen als etwas Böhmes ausgab, als er in der Tat ist.“

„Hat er das letztere wirklich getan,“ fragte Ja, „welche Pflicht hätte ihn veranlassen können, uns seinen Stand zu verzeihen? Ein Zufall, wie er auf Reisen nicht selten ist, hat uns zum Zusammenstoß, eine natürliche Veranlassung zu vornehmen, äußeren Formen hat uns ähnlichen können und — was kümmert uns auch sein Stand? Als Mensch bleibt er schließlich baselwe, was er getrenn war.“

„Das war eine regelrechte Verteidigungsrede,“ neckte Doktor Krieling, „aber Sie haben recht, auf Reisen nimmt man es nicht so genau.“

Käte Wöhne sandte Ja einen dankbaren Blick zu. Die heutige Entdeckung hatte Käte zuerst niedergedrückt und verstimmt; sie hatte still und wie eine geduldete Mücke dagelegen und mit der Hand verflochten ein Papier in ihrer Tasche gerührt. Jetzt glättete sie es sorgsam wieder daran und die Worte, die sie diesem Papier heimlich heute nachmittags, als Vize ihre Radmütze über die Stirn, anvertraut hatte, traten deutlich vor ihre Seele:

Du hast das schönste Augenpaar,
Das mich so schön blickt an,
Du hast so dunkel lockiges Haar,
So süßer Stimmklang,
Du hast so edlen, stolzen Gang,
Den Blick so herrlichvoll!

Schlußprüfung des Hoover-Ausschusses

Alle Staaten unterzeichnen, ausgenommen Südschweden.

London, 12. August

Der Vollausschuß der Sachverständigen, der über die Durchführung des Hooverplans zu beraten hatte, hielt am Dienstagvormittag seine zwölftägige Schlußprüfung ab. Die Unterzeichnung des Abkommens soll am Nachmittag um 17 Uhr stattfinden. Sämtliche beteiligten Staaten, auch die kleineren, haben sich zur Unterzeichnung bereit erklärt mit Ausnahme von Südschweden.

Von den deutschen Vertretern ist durchgesehen worden, daß in das Protokoll die Erklärung aufgenommen wird, daß das Sachverständigenkomitee keine Befugnis hat, über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu entscheiden. Dies geschah im Hinblick darauf, daß die in diesem Jahre getunenden Zahlungen innerhalb der nächsten zehn Jahre zurückgezahlt werden sollen, wodurch die zukünftige Belastung Deutschlands einsehen würde. Der Sitzungsbericht enthält mehrere Anlagen, die sich u. a. auf die Eisenbahnobligationen und die Sachlieferungen beziehen. Ueber die letzteren ist nicht in allen Punkten eine Einigung erzielt worden, sondern nur daß bestimmte Vorbehalte gemacht hinsichtlich der Beträge zwischen den Staaten, Behörden und Gemeinden. In einer englischen Verlautbarung wird erklärt, daß der Sachverständigenausschuß im großen und ganzen seine Aufgabe erfüllt habe.

Ernst der finanziellen Lage.

Basel, 12. August.

Wegen des Ernstes der Gesamtlage und um einen genaueren Ueberblick darüber zu gewinnen, was Deutschland an kurzfristigen Krediten schuldet und wie weit die anderen Länder hier beteiligt sind, hat der in Basel bei der B33 versammelte Sachverständigenausschuß beschlossen, die Vertreter des Stillhalteauschusses und der deutschen Bankengruppen, deren Verhandlungen gegenwärtig noch im Gange sind, nach Basel zu den Ausprägungen des Sachverständigenausschusses hinzuzuziehen.

Man rechnet damit, daß die Vertreter des Stillhalteauschusses bis Mittwochabend in Basel eintreffen werden. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten, wird der Sachverständigenausschuß, der in der Zwischenzeit keine Verhandlungen auf seinem Einzelgehens beizubehalten, ein Schiedsgericht übernehmen. Vertreter der amerikanischen Gläubiger ist Herr Cannon, der Londoner Vertreter der Chase-National-Bank in Newport, der kürzlich bereits in Berlin verhandelt und schon in Basel weilte. Für die englischen Banken wird als Vertreter Herr Marks genannt. Die schweizerischen, schweidischen und holländischen Bankengruppen sind bereits im Sachverständigenausschuß vertreten. Auch die Reichsbank soll eingeladen werden, einen besonderen Vertreter zu entsenden; man nimmt an, daß Geheimrat Dr. Roese, der schon an den Verhandlungen des Verwaltungsrates der B33 teilgenommen hat, nach Basel entsandt werden wird. Während der Vormittagsverhandlungen hat Dr. Meißner seinen umfangreichen und eindrucksvollen Bericht beendet. Die Verhandlungen werden am Nachmittag weitergehen.

Der Baseler Zehnerausschuß kommt nach Berlin.

Berlin, 11. August.

Der Zehnerausschuß für die Prüfung der Finanzlage Deutschlands wird sich wahrscheinlich sobaldmöglich nach Abschluß der Vorbereitungen und der Prüfung der notwendigen Unterlagen nach Berlin begeben.

Radikale Provokationen.

Neue Drohungen gegen Polizei-Offiziere.

Berlin, 12. August

Ein radikales Charakterkennzeichen hatten in der Nacht in der Mehringstraße in Charlottenburg Zettel mit politischen Aufschriften angeheftet. Eine Schmutzspitze bemerzte die Zettel und entfernte sie. Bei einem Streifgang durch die Mehringstraße entdeckte die Streife, wie von Seiten der Polizei mitgeteilt wird, neue Zettel, die folgenden Inhalt haben:

„Erlaubt Du Dir noch einmal, Du grüner Junge, die Zettel abzubrechen, folgst Du Deinen Gefühnslumpen Anlauf und Cent.“

Die Beamten entfernten auch diese Zettel und sandten bei ihrer Rückkehr einen neuen Zettel:

„Cent — Erlaubende, Anlauf — Schweinschade, Profokatur vom Böhmplatz, die ihren Tod durch eigenes Verbrechen herbeiführt haben. Die Warnung er-

Dein Rächer macht mich sehnsuchtskrank,
Dein Klauen macht mich toll,
Ob dich auch eine Krone stiert,
Du lebst in Glanz und Licht,
Ob Vorberreiter dich berührt,
Wich kimmert solches nicht,
Wenn nur dein Blick noch heißer Glut
Wich zieht in seinen Bann,
Dann wird mir traumhaft süß summt,
Dah ich's kaum fallen kann.“

Natürlich hatte sie keine Empfindung von der unfreiwilligen Komik ihrer Antilieder. Ihr war es blühiger Ernst damit, „Wich kimmert solches nicht,“ hatte sie geschrieben, und „Wenn nicht die Entdeckung, daß ihr Dolz zu einem gewöhnlichen Volksmännchen herabgeluntet war, lie wie eine kalte Dulse berührt.“

„Jas Worte erst — „Als Mensch bliebe er daselbe.“ stellten das Gleichgewicht in ihrem Innern her und vermögten logar, sie einigermaßen in das „traumhaft süße“ Gefühl von ebendem zu verliehen. Die bestürzenden Klänge und hirsprechende Beobachtungen, die Bardiini seiner Gelbe entdeckten, taten das übrige dazu.“

Nun war das Spiel zu Ende und ein Beifallsrausch lohnte den Künstler. Er verbeugte sich leicht und kurz, dabei umspielte ein eigenartig komisches Lächeln seine Züge.

Einer der Musiker ging an den Tischen der Gäste mit einem Zeller herum, um zu sammeln. „Auch das noch!“ dachte Ja und war doch froh, daß es nicht Bardiini war. Ihm etwas in den Zeller zu werfen, hätte sie nicht über sich verbeugten. Ueberhaupt war ihr die Luft am Abend verdorben und sie unterdrückte nur schwer den Wunsch, den Garten zu verlassen.

Das nächste Stück war das Intermezzo aus der Cavalleria. Ein harter, älterer Mann, ohne Zweifel der Anführer der Gruppe, lang mit kräftigem Bart. Die anderen besteuerten an dem Strömungen auswendig, wie alles andere auch. Bardiini's Gelbe hob sich auch hier hervor, nicht absichtlich und profand, sondern naturgemäß durch den schönen Ton, den sein Spiel hervorbrachte.

1041 zum letzten Mal. Nochmaliges Entfernen des Zettels wird mit + + + bestraft.

Die Täter konnten nicht ermittelt werden. Ferner fand man in Berlin, in der Mehringstraße, auf dem Fußboden mit weißer Farbe gemalt, dieses Zettel:

„Oberleutnant Bader stell' Deine Uhr der R. F. B. ist Dir auf der Spur für jeden erschossenen Arbeiter
jeden Offiziere der Schupo
der R. F. B. übi Raede!“

In vielen Stellen der Stadt sind in der Nacht hetrographierte Zettel mit politischem Inhalt verteilt worden. In diesen Zetteln wird gegen die Polizei gehetzt und zum Widerstand gegen die Staatsgewalt und zum Angriff gegen die Polizeibeamten aufgefordert.

Karl-Liebknecht-Haus bleibt besetzt.

20 000 Mark Belohnung für Ermittlung der Mörder.

Berlin, 11. August.

Der Polizeipräsident von Berlin hat wegen der Ermordung der Polizeihauptleute Anlauf und Cent durch Kommunisten und wegen des Mordanschlages auf den Polizeioberwachmeister Willig, nachdem er bereits 3000 Mark Belohnung für die Ermittlung der Täter ausgesetzt hatte, nunmehr 20 000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Zugleich hat der Polizeipräsident auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931, bis auf weiteres alle Anmahlungen, Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel auf dem Börsenplatz und allen zu diesem Platz führenden Straßen in einer Entfernung von 200 Metern von der Gemarkung verboten. Zusammenhandlungen werden nach Paragraph 2 der oben erwähnten Verordnung mit Befängnis nicht unter drei Monaten geahndet. Zur Durchführung dieser Anordnung hat der Polizeipräsident weiter unter Hinweis auf Paragraph 16 der obigen Verordnung verfügt, daß das Karl-Liebknecht-Haus zunächst bis einschließlich 20. August geschlossen wird und alle Räume und Eingänge polizeilich besetzt werden.

Der Polizeipräsident geht bei diesen Anordnungen von der Feststellung aus, daß es sich bei den Erschießungen der Polizeihauptleute zweifellos um einen vorbereiteten, von hinten ausgeführten Mordanschlag durch Kommunisten handelt.

Nachdem die „Rote Fahne“ beschlagnahmt worden war, ist sie nunmehr auf 14 Tage verboten worden. Der Polizeipräsident steht auf dem Standpunkt, daß das Verbot der kommunistischen Partei für Berlin nicht in Frage kommt, und hat aus diesem Grunde, um die Zentrale der Partei zu treffen, die vorläufige Befehle des Karl-Liebknecht-Hauses angeordnet.

In diesem Zusammenhang wird mitgeteilt, daß wegen der kommunistischen Ausschreitungen kein Grund zu irgendwelchen Beschlüssen besteht. Die Verhaftungsfälle der Polizei findet in der vorgezeichneten Weise statt und wird zu einer Trauerfeier für die in der letzten Zeit erschossenen Polizeibeamten ausgesetzt werden.

164 Verhaftungen in Berlin.

Am Zusammenhang mit den Unruhen in Berlin sind insgesamt 164 Personen von der Polizei festgenommen worden, von denen sich der größte Teil noch in Haft befindet. Ob sich unter den Verhafteten die Mörder der beiden Polizeioffiziere befinden, ließ sich bisher noch nicht mit Sicherheit feststellen.

Den Züerbogger Tätern auf der Spur

Ein wichtiger Fund.

Berlin, 12. August.

Unübersehbar kurzer Zeit haben die Ermittlungen nach den Uebernehmern des Eisenbahnattentates bei Züerbog zu einem wichtigen Erfolg geführt. An der Belpredung der an der Untersuchung beteiligten Behörden war die gesamte Materie des Falles in eine Anzahl einzelner Abschnitte aufgeteilt worden, deren jeder von einer bestimmten Beamtengruppe zu bearbeiten war. Ein sehr wichtiger Abschnitt war begrifflicherweise die Feststellung der Herkunft der zur Ausübung der Tat benutzten Materialien.

Er selbst stand wie vordem an einem Keller gelehnt, den schönen Kopf, mit dem Käppi auf dem rechten Ohr, ein wenig zur Seite geneigt. Er spielte, wie es wiederum schien, selbstnervig mit geschlossenen Fingern. Nur zu weilen blickte sie ihn, und wie ein Blick flog kein Blick wie lachend durch den Garten.

Ja hatte ihre Aufmerksamkeit einem Nebenbilde zugewandt. Dort sah eine Anzahl junger Damen, die sich trotz des Spiels umr und Gelanges eifrig unterhielten. Den Gegenstand der Unterhaltung bildete, nach den Aussagen und Bemerkungen, die zu Jas Ohr drangen, zu urteilen, der schöne Italiener.

„Ist er nicht entzückend? — Sieh' nur diesen Blick — diese blitzenden schönen Augen! — Und wie er die Geige im Arm hält — wie er spielt! Wenn er doch das nächste Mal mit dem Zeller herumginge, ich offerierte ihm wirklich einen Zeller.“

So lang es bunt durcheinander.

„Ob der Wunsch der kleinen Blonden sich wohl erfüllen wird?“ dachte Ja und wartete mit Spannung auf das Ende des Stücks. Zu ihrem Tisch würde er nicht kommen, das mußte sie, aber auch nur ihr in dieser Befähigung leben, wäre ihr unlagbar peinlich gewesen.

Die kleine Blonde war entzückt — Bardiini blieb auf seinem Platz, und ein anderer ging lammeln.

Ja atmete ein.

Nun folgten einige humoristische, mit Tänzen verbundene Sachen, die viel Heiterkeit im Publikum erregten. Bardiini drehte sich zu diesen Tänzen mit gemanden, sehr zurückhaltenden Bewegungen mit während wieder das montane Lächeln in seinem Gesichte guckte und in seinen Augen blühte.

Nun machte Ja hoch den Vorstoß, den Garten zu verlassen und dafür draußen am Ror noch ein wenig zu promnieren.

(Fortsetzung folgt.)

In weitem Umfange wurden Ermittlungen in entsprechenden Bezirken angestellt. Diese Ermittlungen wurden außerordentlich erleichtert durch einen Fund, den ein Beamter der Reichsbahn bei einer erneuten Aufsuchung des Geländes machte. Die Sprengladung wurde auf elektrischem Wege zur Entzündung gebracht, und zwar von einem Punkte aus, der vom Tatort selbst etwa 180 Meter entfernt ist. Es handelt sich um ein dichtes Gefäß, das in einer tiefen Mulde neben dem Bahndamm ein außerordentlich günstiges Versteck darstellte.

An der betreffenden Stelle wurde unter Gras und Moos beiseite ein Paket gefunden, das in Packpapier eingeschlagen und in erster Linie eine Holzrolle enthielt, auf der sich noch etwa 200 Meter des gleichen Drahtes befanden, wie er zur Ausführung der Tat benutzt worden ist.

Es war ohne weiteres erkennbar, daß der bei der Tat benutzte Draht von dieser Rolle entnommen war. Eine große Zahl von Beamten suchte auf Grund dieses neuen Fundes wiederum alle nur irgendwo in Betracht kommenden Geschäfte auf mit dem Erfolg, daß die Herkunft der Rolle mit Draht festgestellt werden konnte.

Der Kauf in der Friedrichstadt.

Sie stammt aus einem Inflationsschiff in der Friedrichstadt und ist dort durch einen bisher unbekannt gebliebenen Mann gekauft worden, in dem augenscheinlich der oder einer der Altentäter zu suchen ist.

Der betreffende Mann war schon am vorigen Freitag, den 7. August, gegen Mittag in diesem Geschäft und kaufte zwei Glentore, 1,57 Meter lang, Durchmesser 1/2 Zoll. Am nächsten Tage, Sonnabend, den 8. August, kaufte er vormittags zunächst noch eine Schachtel Jofierband und danach eine Holzrolle, enthaltend 500 Meter Draht der erwähnten Art. Jeder Zweifel daran, daß es sich bei der gefundenen Rolle Draht um den in jenem Geschäft erworbenen Draht handelt, wird beseitigt durch den Umstand, daß die Umwicklung des geheimnisvollen Pakets ganz charakteristische Merkmale aufwies: Die Gattung des Zinkleiters hatte gerade am Morgen jenes Tages von ihrem außerhalb wohnenden Sohne eine Wäschelehung erhalten. Die Abrefe war zum Teil befestigt, immerhin aber noch deutlich erkennbar. Uebrigens fand sich in der Umhüllung außer dem Rest des Drahtes auch noch die Schachtel Jofierband vor. Anscheinend hatte derselbe Mann schon bei einer anderen Firma den Versuch gemacht, etwas dünneren Draht zu erwerben. Der Draht wurde auch besorgt. Er hat sich jedoch nicht abgehoht.

Beschreibung des Verdächtigen.

Der Mann wird folgendermaßen beschrieben: Etwa 1,72 groß, bis 35 Jahre alt, aufrechte Haltung, schlant, aufwiegend bräunliche Haut (Sonnendbrand), glattrasiert, doch starker Bartwuchs erkennbar, fast schwarzes Haar, dunkelbraune Augen, freisch angeblich gebrochen deutsch, will früher lediger Offizier gewesen sein und Pensionen von 700 Mark monatlich beziehen, will vor vier Jahren in Deutschland eingewandert sein. Seine Frau soll sich zur Zeit in Frankfurt a. M. befinden. Der Unbekannte wolle hinter Potsdam ein Gartengrundstück bewohnen. Das Hausden soll drei Zimmer erhalten. Befehle war der Unbekannte mit graublauen Jacketanzug, weißem Oberhemd, weißem Unterhemd, rotbraunem Selbstbinder, grauem Schlapphut mit vom heruntergehobener Krempe und Sommermantel aus vermuld grauem Stoff. Er trug falsche Schuhe, Farbe kann nicht angegeben werden.

Anhaltspunkte zur Verfolgung.

Wie bereits allgemein bekannt, ist für Mittelungen, die zu einer Aufklärung des Verbrechens führen, nimmere eine Gesamtbeziehung von 100 000 Mark ausgelegt worden. Die Angaben des Verdächtigen über seine persönlichen Verhältnisse sind sicherlich ganz oder größtenteils unmaß. Dem noch bieten sie vielleicht weitere Anhaltspunkte. Zur Unternehmung der Sprengstoffe bzw. Feststellung des zur Tat benutzten Sprengstoffes ist Professor Dr. Ritter, eine anerkannte Autorität auf diesem Gebiete an Ort und Stelle tätig. Es kann schon jetzt mit ziemlicher Sicherheit gesagt werden, daß die oben erwähnten Punkte bei dem Altentäter Verwendung gefunden haben. Zweckdienliche Angaben werden an die Untersuchungskommissionen in Berlin, Jma oder an die Mordinspektion der Berliner Kriminalpolizei.

Stahlhelm zum Entschaid.

Er wird das Abstimmungsergebnis ansetzen. Das Bundesamt des Stahlhelms erläßt eine Kundgebung, in der es heißt: Der Kampf geht weiter. Der Volkseinhelb hat einen moralischen Erfolg der nationalen Front gebracht. Zehn Millionen deutsche Männer und Frauen haben sich trotz stärksten Terrorbruchs der Gegner, trotz stärkster Beeinflussung der Bevölkerung durch die preussische Regierung zum Gedanken des nationalen Selbsthilfs-Willens, zur Idee der deutschen Freiheit bekannt. Unsere Front ist weitergewachsen.

Es wird sodann erklärt, daß der Stahlhelm das Abstimmungsergebnis wegen der besonderen Umstände, unter denen es zustande gekommen ist, aus staatsrechtlichen Gründen ansetzen werde.

Zum Schluß heißt es: Wir danken allen Volksgenossen, die sich trotz der Gegenmaßnahmen und Drohungen für die deutsche Freiheit eingesetzt haben. Wir danken insbesondere unseren Kameraden, deren unablässiger kraftvoller Arbeit der Erfolg zufließen ist für ihre Leistungen und Opfer. Der Volkseinhelb ist ein eherner Meilenstein auf der Vormarschstraße der deutschen Freiheitsbewegung. Der Vormarsch geht weiter, nicht um unertwollen, sondern für Deutschlands Freiheit.

Kanzler erstattet dem Reichsrat Bericht.

Am Donnerstags, Berlin, 12. August.

Reichsfinanzler Dr. Brüning hat sich bereit erklärt, vor den Vereinigten Ausschüssen des Reichsrats über die gegenwertige Finanzlage und das Ergebnis der finanziellen Verhandlungen mit dem Auslande Bericht zu erstatten. Zu diesem Zweck ist auf Donnerstag eine Sitzung der Vereinigten Reichsratsausschüsse einberufen worden, die, wie solche Ausschüsse immer, unter vollständigen Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindet. Den Vereinigten Ausschüssen gehören sämtliche Mitglieder des Reichsrats an, so daß es sich gemessenermaßen um eine vertrauliche Botschaft des Reichsrats handelt.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 12. August 1931

* Die Ziehungsliste der Magdeburger Lotterie liegt in unserer Geschäftsstelle, Leipziger Straße, zur Einsicht aus.

Schmieberg. Mit der Operette „Drei alte Schachteln“ stellte sich am Sonntagabend im Schützenhause das aus einer Reihe der früheren Mitglieder des Kurtheaters gebildete „Sommertheater Bad Schmieberg“ vor und erzielte damit einen recht guten Erfolg. Das Stück spielt zu Anfang des vorigen Jahrhunderts, in der Zeit des Freiheitskrieges. Die Musik von Walter Kollo bringt fröhliche, ansprechende Melodien. Die Kostüme vom Kostümhause Schott-Berlin und Tiege-Wittenberg, waren prachtvoll und die Spielleitung von Paul Vogt sorgte für eine gute, fein abgestimmte Aufführung. Die Rollen waren durchweg gut besetzt und das Publikum, das mit reichem Beifall dankte, verlangte vielfach Wiederholungen.

Autob. Ein Einbruchdiebstahl wurde heute nacht bei dem Gastwirt Schönheit verübt. Der oder die Einbrecher, die durch die Wächterin in die Gaststube einbrachen, hatten es nur auf bares Geld abgesehen, denn das im Räume stehende neue Fahrrad, Stühle und Schokolade blieben stehen. Den Einbrechern fielen ca. 40 RM in die Hände; ferner nahmen sie die Schlüssel zur Tankstelle und zum Dorfcafé mit. Sachdienliche Angaben, die vertraulich behandelt werden, an Oberlandjäger Müller, Bergwitz, (Telefon 254) erbeten.

Radis. (Verkehrsunfall). Gestern morgen gegen 8 Uhr fuhr das Lastauto der Mühlenwerke aus Dorna (Gebirge Birke) auf der Straße nach dem Ochsentopf infolge Verlassens der Steuerung in den Gullentragern. Erheblicher Schaden ist zum Glück nicht entstanden, sodas das Auto keine Fahrt weiter fortsetzen konnte.

Pratau. Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich am Sonntag vormittag gegen 11 Uhr auf der Chauffee nach Halle zwischen Panitzsch und Bergwitz. Die mit dem Fahrrad auf dem Fußweg fahrende Tochter des Lehrers Sauerzaffe aus Pratau wurde von einem Personkraftwagen von hinten angefahren. Mit Kopf, Hals, Arm- und Beinverletzungen wurde sie zum Arzt nach Wittenberg gebracht. Das Unglück ist dadurch entstanden, daß beim Auto plötzlich die linke Vorderachsbereitungsplagte. Dadurch kam der Wagen ins Schleudern und fuhr auf den Fußweg. Das Fahrrad war zu einem unentwirrbaren Knäuel zusammengebrochen.

Schleifen, 9. Aug. Die im 62. Lebensjahre stehende verwitwete Frau Lehmann wurde auf dem hiesigen Friedhof, wo sie mit Graben beschäftigt war, plötzlich von einem Blitzschlag befallen und konnte sich bis zum nächsten Geschäft bewegen, wo sie völlig veruldet zusammenbrach und auf der Stelle verschied.

Deantenham. Wegen Zehrfresserei wurde ein junger Mann, der bei einem Landwirt in Norddorf in Stellung war, dem Dessauer Gefängnis zugeführt. Der Betreffende war im hiesigen Schützenhaus angeheft und hatte sich ein Abendbrot bestellt, 1,95 Mark betrug die Jede. Da es ihm aber offenbar an dem zur Bezahlung erforderlichen Gelde fehlte, verdammt er aus der Gaststube, die der Wirt auf kurze Zeit verlassen hatte. Die Freude über das billige Abendbrot währte jedoch nicht lange, da die Festnahme durch die hiesige Polizei kurz darauf erfolgte.

Horsdorf. (Zigeunerin) hypnotisiert einen jungen Mann ... und nicht 200 RM. Am Donnerstags früh erschien auf einer bei Oranienbaum etwas abseits gelegenen Wassergrube eine Zigeunerin und bettelte. Sie lockte den jungen Mann in die Wohnstube, hypnotisierte ihn und befaß ihn, Geld herbeizufahren. Als der Mann erwachte, waren Geld und Zigeunerin verschunden. Er konnte sich nur dunkel entsinnen, daß es sich um eine Summe von 100 bis 200 RM handelte. Die sofort alarmierte Gendarmerie nahm energisch die Verfolgung auf und holte die freche Gesellschaft auf einem entlegenen Feldwege zwischen Horsdorf und Rietzig ein. Bei der Durchsuhung der Wagen wurde aber weder das Geld noch das Geld gefunden. Immer wieder muß dringend gewarnt werden, sich nicht mit Zigeunern einzulassen. Man weise ihnen energisch die Tür, und wenn sie nicht weichen, ist der Velen die beste Abwehr, denn nach dem Überlaufen der Zigeuner verlorbt das, was mit dem Velen geschlagen wird.

Leipzig. Im Kolonial hat sich am Dienstag der 52 Jahre alte Zigeunermeister Jastrow aus Düben erschossen. Er wurde noch lebend ins Krankenhaus gebracht, ist dort aber nach einigen Stunden verstorben. Jastrow war vor kurzem im Zusammenhang mit einem gegen ihn eingeleiteten Strafverfahren wegen Betrugs, das mit einer Verurteilung endete, vorläufig seines Amtes entbunden worden.

Nicht befristete Stadträte.

Magdeburg. Die preussische Staatsregierung hat die von den Stadtverordneten vor sechs Wochen getroffene Wahl der befristeten Stadträte Blumhagen, Ministerialrat Blumhagen, Berlin, und Bürgermeister Scherz, Sangerhausen, mit der Begründung beanstandet, daß die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Eingruppierung in die Gehaltsstufe 1a für das Amt eines befristeten Stadtrats von Magdeburg zu hoch ist. Die Staatsregierung steht auf dem Standpunkt, daß das Gehalt der Gruppe 1a nur einem befristeten Stadtrat gewährt werden könne, der ein besonders qualifiziertes Amt, wie beispielsweise das des Räumers, zu verwaltten habe. Da in der Magdeburger Stadtverwaltung ein Räumereamt nicht besteht, seine Aufgaben vielmehr von jedem Stadtrat auf Verlangen des Oberbürgermeisters übernommen werden müssen, dürfte der Stadtverordnetenversammlung nichts anderes übrig bleiben, als die Gehälter der neuen Stadträte herabzusetzen.

Magdeburgs Millionen-Defizit.

Magdeburg. Der Magistrat hat die Stadtverordneten für Freitag zu einer Ferienitzung einberufen. In dieser Sitzung soll das Sparprogramm des Magistrats zum Ausgleich des Fehlbetrags von vier Millionen Reichsmark beraten werden. Dieses hohe Defizit ergibt sich aus der weiteren Steigerung der Wohnfahrzeugkosten und den Steuererhöhungen, die gegenüber dem Voranschlag

höchstwahrscheinlich einen Rückgang von 2 1/2 Millionen ausmachten. Das Sparprogramm des Magistrats sieht nun neben weiteren Einsparungen von annähernd einer Million eine 10prozentige Kürzung der Unterhaltungskosten für die eine Erparnis von etwa 840 000 Mark bedeuten würde, und die Verdrückung der Bürgersteuer vor, die rechnungsmäßig 1,6 Millionen Mark erbringen müßte. Bei Durchführung dieser Sparmaßnahmen wird trotzdem noch ein ungebehrter Fehlbetrag von 700 000 Mark verbleiben.

Bombenfund.

Magdeburg. Von Beamten der postischen Postzeit wurden in einer Wohnstube an der Königsmörner Straße neben zwei Schußwaffen und einer Handwaffe eine festgefrorene Bombe von etwa 30 Zentimeter Länge und einem Durchmesser von 1 1/2 Zentimeter gefunden. Die sachdienliche Untersuchung der Bombe ergab, daß sie mit Dynamit gefüllt war. Die Wohnstube gehörte einem Arbeiter, der Angehöriger des Kampfverbandes gegen den Bolschewismus ist.

Amtsanhörung eines Bürgermeisters.

Tauscha (Kr. Weissenfels). Gemeindefürsorger Neubert ist seines Amtes entbunden worden. Der Landrat hat gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Wie verläuft, soll Neuber mehrere steuerpflichtige Einwohner zur Bürgersteuer nicht veranlagt und die rückständigen Beträge nicht pflichtgemäß eingetrieben haben. Außerdem soll er sich wiederholt unfähig über die Person des Landrats und über die Kreispolitik geäußert haben. Mit der Wählung der Gemeindefürsorger ist vorläufig der Erste Schöffe Landwirt Emil Kabisch beauftragt worden.

Sachjen und die Sparfassenverordnung.

Dresden. Uns wird geschrieben: Die Notverordnung vom 5. August 1931 nennt insofern in Sachjen offene Litren ein, als hier seit Jahren geltendes Recht ist, daß weder Sparkasse noch Girokonto der eigenen Gemeinde Kredit geben dürfen. Auf diesen Umstand ist es wohl auch zurückzuführen, daß die kurzfristige Verleihung der Gemeinden in Sachjen verhältnismäßig sehr gering ist. Eine zur Zeit durch die Presse gehende Äußerung des Präsidenten des Deutschen Städtebundes geht von preussischen Verhältnissen aus und trifft auf Sachjen nicht zu.

Der geheimnisvolle Mord an dem Krankenhausdirektor.

Die Schweigende Schwester. Leipzig. Die Krankenschwester Flora Müller, die am Sonntagabend den Verwaltungsdirektor am Krankenhaus St. Jakob Dr. Willi Lehmann an der Ecke der Laifstraße und des Johannisplatzes angeschossen und tödlich verlegt hat, hielt sich noch immer in Schweigen über die Gründe der Tat. Vor allem ist noch völlig ungeklärt, wo die Schwester nach ihrer Beurlaubung aus dem Krankenhaus bis zur Zeit der Tat geblieben hat. Aus den Voruntersuchungsakten der Kriminalpolizei geht hervor, daß die Müller noch jetzt als im Krankenhaus St. Jakob wohnhaft gemeldet ist, während von der Personalfelle des Krankenhauses erklärt wird, daß sie in der letzten Zeit nicht mehr im Krankenhaus gemeldet habe.

Schwester Flora, die nach wie vor jede Aussage verweigert, ist der Staatsanwaltschaft Leipzig zugeführt worden.

Der Tod an der Startstromleitung.

Machelpöhl (Kr. Weimar). Der junge Monsieur Reiber vom Kraftwerk Thüringen war auf der Domäne Bachfeld mit Arbeiten am Transformatorhäuschen beschäftigt. Dabei glitt er vermutlich aus und kam mit der Startstromleitung in Berührung. Er war sofort tot.

Können die Gemeinden sparen?

Von Dr. Arnd Jessen, Berlin.

In diesen Tagen, da die Verfürgung der kommunalen Finanzkraft besonders in der Erreichung ihrer Ziele, die für die nachstehenden Ausführungen eines bestimmten Finanzrichters besonderes Interesse erwecken.

Was die Bestimmungen seit langem vorausgesetzt haben, ist eingetretten: Selbst wohlhabende Gemeinden sehen sich nach dem schonen Vorbild von Reich und Staat - außerhande, ihre laufenden Verpflichtungen zu erfüllen. Sie zahlen daher nur einen Teil der Ausgaben, die an sich bewilligt waren. Ist dieser Teil richtig oder ist er nur hoch parteifäufigen und anderen unglücklichen Gründen ausgezucht? - das ist die Frage, die sich der Steuerzahler mit allem Ernste vorlegen muß.

1. Die Verteilung des gemeindlichen Bedarfs.

Ausgangspunkt der Kritik muß der gemeindliche Bedarf sein, der für 1928 auf 7,6 Milliarden Mark festgelegt war. Davon entfielen: 2,1 Milliarden oder 28 o. h. auf das Wohlfahrtswesen, 1,4 Milliarden oder 19 o. h. auf Schule und Bildung, 1,3 Milliarden oder 17 o. h. auf Wirtschaft und Verkehr und der Rest auf verschiedene andere Verwaltungszweige. Der Anteil des Wohlfahrtswesens ist seit 1928 ungeweiler gestiegen; er beträgt zurzeit bis zu 50 o. h. des gemeindlichen Bedarfs.

2. Starre und bewegliche Posten.

Legt man an diesen gemeindlichen Bedarf den Maßstab des Sparsens an, so muß man die verschiedenen Positionen in zwei Gruppen einteilen, in die starren und die beweglichen Posten.

a) Starre Posten finden sich in den Gemeinden infomere, als ihrem Willen wesentliche Teile ihrer Ausgaben heute nicht mehr unterliegen. So können sie in normalen Zeiten ihren Schuldenhaushalt und die große Reihe der sonstigen ihnen durch staatliche Gesetzgebung auferlegten Verpflichtungen nicht aus eigenem Willen kürzen. Die Grundlast gilt seit kurzem infomere nicht nur, als praktisch ein Moratorium für alle gemeindlichen Zahlungen besteht. Nach dem Vorbild des Reiches werden die Zinsen nicht mehr regelmäßig abgeliefert. Die Befolgungen werden in Dritteln oder anderen Bruchteilen der Monatsätze ausgezahlt. Nur die feststehenden Unterhaltungen werden voll gezahlt. Wie schon also, daß es selbstgemeine im gemeindlichen Haushalt heute ganz starre Posten nicht mehr gibt.

b) Halbstarre und bewegliche Posten im Gemeindehaushalt sind in normalen Zeiten nur diejenigen, die die Gemeinde nach ihrem Willen frei gestalten, also auch streichen kann. Dies ist heute in weitgehendem Maße der Fall.

3. Gemeindegeldhaushalt und Gemeindefasse.

Nicht das Gleichgewicht im Haushalt ist heute die entscheidende Frage der gemeindlichen Finanzwirtschaft, sondern das Gleichgewicht in der Kasse. Auch in normalen Zeiten kann die Kassenführung einer Gemeinde Schwierigkeiten machen, und zwar dann, wenn sie größere Zahlungen zu leisten hat, ohne daß die entsprechenden Einnahmen laion

zur Verfügung stehen. Heute weiß kein Kämmerer, wie sich das Rassenbild von morgen gestalten wird. Die gemeindliche Finanzwirtschaft hängt völlig von dem guten Willen der Steuerzahler ab.

4. Was wird noch gezahlt?

Wenn sich der Kämmerer die Frage vorlegt, wie er mit den einziehenden Mitteln abdecken will, so wird er zunächst zwei Verfassungen berücksichtigen müssen. Den einen Posten stellen die verschiedenen sozialen Zuschüsse und Unterstützungen dar, deren Nichtzahlung unmittelbare politische Schwierigkeiten in der Gemeinde ergeben würde. Einen zweiten Betrag erfordert die gemeindliche Verwaltung zunächst für die Besoldungen, da die verschiedenen Kräfte — wenn auch evtl. unter Kürzung ihrer Bezüge — weiterbesoldet werden müssen, damit die öffentliche Verwaltung bestehen bleibt. Welche Beträge aber wird der Kämmerer dann abdecken? Sein Ziel wird sein, zu „schließen“, indem er alle an die Stadt herantrudenden Forderungen hinauszuögern sucht. Wirtschaftlich stellen sie eben so Besoldungen dar, wie diejenigen Posten, die im Gemeindehaushalt als „Besoldungen“ ausgewiesen werden, denn das, was etwa ein Bauunternehmer einnimmt, verwandelt sich sofort in die Besoldung seiner Arbeiter oder auch derjenigen Hände, die ihm das vielfache Material (Steine, Zement usw.) erzeugen und liefern. Stoppen diese Ausgaben ab, so fallen damit die Einkünfte für die an diesen Lieferungen beteiligten Personen aus.

5. Ausblick.

Noch leben wir zum Teil in dem Wahne, als ob eine staatliche Verwaltung möglich wäre, wenn die private Wirtschaft erfüllt ist. Daß wir von diesem Zustand nicht mehr weit entfernt sind, erzählt jeder Wirtschaftstätige täglich am eigenen Leibe. Darum wird auch die kommende Reform nicht ausagelassen haben von der Reform der öffentlichen Wirtschaft, sondern muß in erster Linie dafür sorgen, daß die private Wirtschaft wieder gedeiht. Sie wird dann die öffentliche Wirtschaft wieder tragen können.

1. Sport-Fest des Sport-Vereins „Rot-Weiß“ Kemberg am 9. August 1931.

Am vorigen Sonntag feierte der hiesige Sport-Verein „Rot-Weiß“ sein 1. Sport-Fest. Bei verhältnismäßig günstigem Wetter wurde es reibungslos durchgeführt. Die zahlreichen Zuschauer kamen dabei voll auf ihre Kosten. Um wirklich gute Spiele zu zeigen waren zu diesem Zwecke teils auf Höhe stehende fremde Mannschaften eingeladen worden. Der gute Ruf, der ihnen vorausging, traf auch wirklich ein. Denn selten sah man eine so flüssige Ballbehandlung und Technik um 9 Uhr gegen die Vorwunden. „Victoria 07 Wittenberg II.“ gegen „Pouch 1“ Victoria mit mehreren Leuten ihrer ersten Mannschaft

antretend, war sehr siegesgewiß, mußte aber bad fehtellen, daß Pouch ein nicht zu verachtender Gegner war. Trotz dem Pouch körperlich schwächer war, konnten sie, dank ihrer guten Balltechnik Wiktoria 07, nachdem das Spiel verlängert worden war, mit 3:2 Tore schlagen. Darauf folgte das zweite Vorrundenspiel, „Sport-Verein Pörsch 1“ gegen „Kemberg Rot-Weiß 1“. Alles war gespannt auf diesen Kampf. Sollte doch Kemberg beweisen, ob sie als Verbandsneuling überhaupt fähig ist einen solchen Gegner wie Pörsch zu schlagen. Und was niemand für möglich gehalten hätte, geschah. Ebe Pörsch überhaupt zur Besinnung kam, saß schon der erste Treffer in ihrem, von einem sonst so guten Torhüter behüteten Heiligum. Der Anfang war gemacht. Hiit und her wogte der Kampf. Doch Kemberg ließ nicht locker. Jedermann war auf seinen Posten und tat seine Pflicht, und dadurch konnte der Erfolg nicht ausbleiben. Mit 3:1 verließ „Rot-Weiß 1“ als Sieger das Spielfeld, und sicherte sich damit den Platz in der Siegereunde. Anschließend trafen die Schüler von Pörsch und Kemberg zusammen. Unsere Kleinen wollten natürlich nicht hinter ihren großen Brüdern zurückbleiben, und gingen gleich vorich ins Zeug. Man hatte wirklich keine Freude daran, wie sie so eifrig bei der Sache waren und nicht nachließen. Sie sollten auch dafür belohnt werden. Aber erst nach Verlängerung des Spieltes fiel das siegbringende Tor für unsere Kleinen. Resultat 2:1. Darauf ging es nach Paus, um sich für die Entscheidungsspiele zu häften. Um 1 Uhr fand der Ausmarsch statt und um 1¹⁵ Uhr begann das Plaketten-Spiel zwischen „Wiedlin 1“ und Sport-Verein „Rot-Weiß 1“. Auch die Reservemannschaft von Rot-Weiß hatte sich sehr gut herausgemacht in der letzten Zeit und zeigte schon ganz gute Sachen. Wiedlin zeigte großen Eifer und gab sich die größte Mühe, um zu siegen, aber leider vergebens. Mit einem Resultat von 2:1 blieb „Rot-Weiß 1“ Sieger des Spieles und erhielt somit die Plakette. Gleich anschließend festelten sich die Verlierer aus der Vorrunde, „Sportverein Pörsch 1“ — „Victoria 07 Wittenberg II.“, Victoria, verfiert durch 3 frische Leute, hatte mit Pörsch ein leichtes Spiel. Entmüdet durch das Vorrundenspiel ließ sich Pörsch nach und nach 7 Tore einfinden. Erst zum Schluß begannen sie sich und holten 3 Tore auf. Sieger blieb in diesem Spiele Wiktoria 07 mit 7:3 Toren.

Nun begann das Hauptspiel des Tages, der Endkampf um den wertvollen Pokal. „Pouch 1“ — „Rot-Weiß 1“. Die Spannung war aufs Höchste gestiegen. — Wer wird Sieger? — Nach der Leistung, welche Rot-Weiß am Vormittag gezeigt hatte, war ihnen noch ein Sieg zuzutrauen.

Das Spiel begann, und beide Mannschaften gaben ihr Bestes und waren bemüht den Sieg an sich zu reißen. Was die Mannschaft Pouch an Spielerfahrung den Kembergern voraus hat, machten sie durch Eifer wieder gut. Abwehrfeld fielen die Tore, keiner ließ nach. Beim Schlußpfiff stand das Spiel 3:3. Die Kemberger Mannschaft verzichtete als Gastgeber zu gunsten Pouchs auf den Pokal. Mit einem kräftigen Sportgruß trennten sich die Gegner. Das Sportfest hatte hiermit seinen Abschluß gefunden, und es darf wohl als gelungen betrachtet werden. Spielerisch war es ein schöner Erfolg für die Kemberger. Hoffen wir, daß in Zukunft das Interesse nicht nachläßt, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. Am Abend fand in der „Goldenen Weintraube“ der Fußball statt, wo auch die Gelligkeit zu ihrem Rechte kam. — Zum Schluß wünschen wir noch, daß die erste Mannschaft des Sport-Vereins „Rot-Weiß“ am kommenden Sonntag beim ersten Verbandspiel zwischen Wiktoria II, Wittenberg, den Sieg davontragen möge.

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 10. August.

Preise für 50 Kg. Lebendgewicht in RM.

Ochsen	Kälber		Schafe		Schweine	
	Klasse heute	vorher	Klasse heute	vorher	Klasse heute	vorher
1	47-50	—	1	53-56	52-55	—
2	40-46	—	2	48-50	—	—
3	—	—	3	50-53	—	—
4	—	—	4	42-47	—	—
5	—	—	5	—	—	—
6	—	—	6	—	—	—
7	—	—	7	—	—	—

Warenmart.

Mittagsbörsen. (Amlisch.) Getreide und Deulsaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. 205-207 (am 10. 8.: 198-200). Roggen Märk. 168-170-169 (159-160). Futter- und Industriegetreide 148-159 (144-157). Spier-Mark. 148-153 (145 bis 150), neuer 136-144 (132-140). Weizenmehl 28,25 bis 34,75 (25-35,50). Roggenmehl 24,75-26,50 (23,50 bis 25,50). Weizenkleie 10,25-10,75 (10-10,25). Roggenkleie 9,75-10,25 (9,50-9,75). Raps 140-150 (140 bis 150). Stroharten 26-31 (26-31). Futtererbsen 18-20 (19-21). Leinölen 13,10-13,20 (13,10-13,20). Erdöl 7,40 (7-7,40). Sojabohnen 11,90-12,60 (11,60 bis 12,40).

Schicksal, Charakter, Veranlagung usw.
deute astrologisch nach Ihrer Geburtskunde! Genaues Datum und nur 1,30 RM im Brief befügen
Em. von Weber, Halle a. S., Albrechtstraße 23

Geschäfts-Eröffnung
Einer geehrten Einnolhnerschaft von Kemberg und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich hier selbst
Dübenerstraße 26 eine

Reparatur = Werkstatt
für Fahrräder, Motorräder und Autos
errichtet habe. Ich bitte, mein Unternehmen gütig zu unterstützen und sichere gewissenhafte und schnelle Ausführung der mir übertragenen Arbeiten bei billiger Berechnung zu.
Hochachtungsvoll
Herbert Thiele

Prima
Eß- u. Kuchenäpfel
reife Birnen
gibt billigst ab Otto Braunsdorf jun., Bergwizer Straße 35

Gelbfleischige Speisefarbstoffen und Äpfel
gibt ab
C. Nischke, Leipzigerstraße 43

Äpfel
Eß- u. Einmach-Birnen
verkauft äußerst billig
Franz Pannier, am Neumühlenweg

Eß- und Kuchen-Aepfel
hat abzugeben
Hugo Böhm, Töpferstraße

Radio-Apparat
(Batterie-Empfänger) und ein fast neues **Grammophon** mit Platten
ist spottbillig zu verkaufen
Durgstraße 36
Junge frischmilchende **Spannkuh** verkauft
Herm. Dietrich, Weinbergstraße

Setzt
Können Sie auch mit **Sinte** durchschreiben!
Auskunft erteilt **Richard Arnold**, Buchhandlung

Morgen Donnerstag früh 7 Uhr
Speckfuchen
Bäckerei Matthes

Jeden Mittwoch
Schlachte - Fest
Gehacktes u. frisch. Wurf
ab 5 Uhr zum äußersten Tagespreis
Arthur Meinel, Wittenberger Str. 2

Jetzt ist es Zeit,
Ihr Haus innen und außen in Stand zu setzen.
Empfehle dazu alle Sorten
Del-, Leim- u. Kaltfarben
Lade, Firnis, Terpentin, Cicatio
Fertige Zubehöer, Fenster- und Kuchennöckelarten
Neue Schablonen
Sichelleim, Gips, Schlemmkreide
Carbolneum, Eisenlack
Lederlack, Fussbodenöl, Mopöl
Bohrerwachs, alle Arten Pinsel
Rohrnägel, Pappnägel
J. G. Glanbig

Füllfederhalter
empfehlen
Richard Arnold, Leipziger Str.

M. - T. - V.
Morgen Donnerstag, abds. 7¹⁵ Uhr im Waldsaal
Turnrats - Sitzung
Der Vorstand
Turner und Turnerinnen, welche an den Wettkämpfen zum Sportfest in Gutzig am 23. August teilnehmen wollen, müssen sich bis Freitag beim Sportwart R. Quinque gemeldet haben.

Der Oberturnwart
Uthausen
Sonntag, den 16. und Montag, den 17. August

Orts - Erntefest
An beiden Tagen von nachmittags 4 Uhr ab **Fanz**, wozu freundlichst einladet **Albert Braunsdorf**

Schützenhaus
Sonntag ab 4 Uhr
Erntefest und Ball
Flotte Ballmusik
Stimmung wie immer
Um gütigen Zuspruch bittet **K. Fröhnel**

Sommertheater Bad Schmiedeberg
Leitung: Paul Vogt
Hotel Blauer Hekt, Kemberg, Mittwoch, den 12. August, abends 8³⁰ Uhr die bekannte und erfolgreiche Operette
Drei alte Schachteln
in einem Vorspiel und 3 Akten von Walter Kollo.
Regie: Paul Vogt
Musikalische Leitung: Kapellmeister Gustav Vör in den Hauptrollen: Annemarie Hentschel, Anita Jung, Anne-Luise Mand, Hans Wertimant, Paul Vogt.
Preise der Plätze: Sperrsitze 1.20, 1. Platz 0.80, Galerie 0.60 RM
Erwerblosel und Rentenempfänger auf allen Plätzen bei Vorzeigung des Ausweises die Hälfte.
Vorverkauf Buchhandlung Richard Arnold, Leipziger Str.

Nachm. 4 Uhr große Märchen-Vorstellung
Hänsel und Gretel
Märchen in 5 Bildern. Sperrsitze 50 Pf., 1. Platz 30 Pf.

Ziehung am Dienstag 40. Zerbster Pferdemarkt-Lotterie
Ziehung unwiderruflich am 18. August
Vorzügliche Gewinnchancen
3600 Gewinne und 1 Prämie
Wert der Gewinne: 100000 RM
Lose zu 3 RM zu beziehen durch
Richard Arnold, Buchhandlung

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. Im Falle höherer Gewalt Beziehsförderung Streik usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5gepaltenen Pettzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gepaltenen Zeilenseite 40 Pfg., Auskunftsgebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Übergabe unbedinglich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühren 10,- M. Das Anzeigen, auszüglich Postgebühren; Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 95

Donnerstag, den 13. August 1931

33. Jahrg.

„Die Bildung zum Staatsbürger“

Verfassungsfeier im Reichstag.

Berlin, 12. August.

Zur Feier des Verfassungstages hatten in der Reichshauptstadt die Reichs-, Staats- und städtischen Behörden, die Verfassungskommission und die Zeitungsredaktionen die Fahnenzüge wie üblich angelegt. Dem Ernst der Zeit entsprechend, war der Verfassungstagsfeier ein würdig, aber sehr einfach geschmückt. Rings um den Saal, in dem die Feier der Reichsregierung stattfand, lagen sich schwarz-rot-goldene Fahnenreihen; über dem Platz des Redners war ein großer Reichsadler angebracht. Darunter stand auf dem Bräutigamsputz eine Bronzebüste des Freiherren vom Stein von Blumen umgeben. Von der Brüstung der Rednertribüne hing die Fahne des Reichspräsidenten herab. Das Reichstagsgebäude war durch ein großes Polizeiaufgebot gesichert. Rückwärts um 12 Uhr nahm Reichspräsident von Hindenburg, von der Verkleidung durch Erheben von den Wägen geehrt, in der Loge Platz. Hierauf setzte der Chor ein, mit der Motette von Johann Sebastian Bach: „Der Geist hilft“. Der Stellvertreter des Reichstagsleiters,

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich

ergriff jedoch das Wort zur Antrittsrede. Er führte u. a. aus: Vor acht Jahren hat an dieser Stelle Professor Dr. Anshütz davon gesprochen, daß die Regierung in trüber Zeit eingeladen habe zu einer vaterländischen Feierstunde. Eine Periode des Aufstiegs hat sich an jenes fürdurable Jahr angegeschlossen. Aber der Stolz des Weltkrieges und des Zusammenbruchs ist noch nicht überwunden. Gerade jetzt erheben sich die Wellen von neuem und drohen der geleisteten Aufbaubarbeit den Untergang zu bereiten. Doch die Urfrage unserer erneuten Kraft liegt tiefer.

Die Ursache und das Mißtrauen in der Welt sind festen Endes auf politische Gründe zurückzuführen. Es ist nicht eine Krise der Wirtschaft allein, sondern es ist die Krise der Friedensverträge, die an uns rüttelt.

Die Ruhe, mit der das Volk die Sorgen der letzten Wochen trug und die Einsicht, mit der es sich den harten Maßnahmen der Regierung fügte, war imponierend. Der deutsche Staatsbürger hat keine lange Geschichte. Gemeinlich geht man davon aus, daß Freiheit vom Stein ihm geschaffen hat. Als Preußen zerbrochen war, hat der große Staatsmann die Vorbereitungen der Erhebung Preußens geschaffen, indem er einen neuen Staatsbürger schuf.

Die Gedanken Steins gingen dahin, über alle Territorialgewalten hinweg das Reich der Deutschen wieder zu einem nachvollkommen Gemeinwesen zusammenzubringen.

Die Aufhebung der Leibeigenschaft in Preußen, die Verwindung der Domänenbauern in freie Eigentümer, die Bildung städtischer Gemeinden durch die Städteordnung von 1808, mußte die Liebe zur Gemeinde und Teilnahme an Gemeindeangelegenheiten zu erwecken. Heute haben wir das freieste Bürgerrecht in Gemeinde und Reich, trotzdem befinden wir uns in einer Krise, die auch daher kommt, daß das mündige deutsche Volk an Gemeinden und Reich Ansprüche erhebt, denen diese nicht gewachsen sind. Der Aufbau unserer Wirtschaft hat sich vielleicht auch nach solchen Richtungen bewegt. Es wäre besser gewesen, das platte Land mehr zu entlasten, als die großen Städte ständig anzuwachsen zu lassen.

Wir befinden uns mitten in einer großen wirtschaftlichen Umwälzung. Das Verhalten unseres Volkes in den letzten Monaten hat gezeigt, daß es in seiner Mehrheit willens ist, auf dem bisherigen Wirtschaftssystem weiterzubauen. Es müssen aber auch neue Wege betreten werden. Auch in der Verwaltung des Reiches, der Länder und der Gemeinden sind Fehler begangen worden.

Man hat die Aufgabe des Staates überfordert und sich einen Apparat geschaffen, den annehmen zu haben eine dauernde Sorge ist. Es kommt darauf an, Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden richtig zu verteilen und damit die Verwaltungsmaßnahme zu entlasten.

Das Fundament, das die Weimarer Verfassung dem deutschen Volk gegeben hat, ist durchaus gesund.

Die Grundgedanken müssen bleiben. Aber auch eine Neuorganisation der Gemeinden ist notwendig. Ihre Finanzen sind gerütert und die Vorwürfe gegen ihre Finanzwirtschaft sind heftig.

Der Einzelne muß an die Spitze seiner politisch-wirtschaftlichen Betätigung den Gedanken an das Reich und an das deutsche Volk stellen. Erst wenn die Notwendigkeit den Staat zu verteidigen die überwiegenden Schichten unseres Volkes beherrscht, werden wir im wahren Sinne des Wortes eine Nation sein. Deswegen ist die Bildung des Staatsbürgers das große Problem. Wir sind stolz auf unser Volk und seine glänzende Geschichte und wir verbinden feste mit der Achtung vor der Vergangenheit, den Glauben an Deutschlands Zukunft.

Nach der Rede Dietrichs trug der Chor die Hymne Schauls „Saemann Deutschland“ vor. Darauf erklärte

Reichsfinanzminister Dr. Brüning

u. a. folgendes: Die Feier des Verfassungstages fällt in eine Zeit wirtschaftlicher Not. Die Bedrängnis der Gegenwart findet ihre greifbare Parallele in den Jahren, in denen der große Staatsmann Freiherr vom Stein lebte, der Wegbereiter deutscher Einheit und Freiheit, der Führer zum wohlhabenden Staat. Nach Stein sollten die Bürger des geeinten deutschen Volkes die mündigen Träger eines freien Staates sein. An der Wiege seines Zukunftswollens liegt die Verfassung vom 11. August 1919 als bedeutungsvolle, wenn auch nicht in allem vollendete Erfüllung.

Die Erinnerung an diesen großen Deutschen soll uns Mahnung sein, alle aufbauenden Kräfte einzusetzen zur Überwindung der Nöte und Gefahren dieser Tage.

Die in der Reichsverfassung gegebene Freiheit und Mündigkeit muß uns allen ein Appell sein, uns der Bürgerpflicht zu erwidern, die diesen Bürgerrechten entspricht. Der Verfassungslaut ist ein Befehl des ganzen deutschen Volkes. Dieses Sich-Befinnen auf das Einmüde muß auf dem Gebiet des politischen Handelns zu fruchtbareren Ergebnissen führen.

Auf die Zeit der Not, in die Steins Schaffen fiel, folgte der Aufstieg. So soll uns auch jetzt die Zuversicht erfüllen auf eine bessere Zukunft und den Wiederaufstieg unseres Vaterlandes. In diesem Sinne bitte ich Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: Das in der Republik geeinte deutsche Volk, es lebe hoch!

Vor dem Reichstag

Nach der Feier begab sich der Reichspräsident in Begleitung des Kanzlers und des Reichstagspräsidenten vor das Hauptportal des Reichstages, wo er von einer zahlreichen Menge mit lebhaften Hochrufen begrüßt wurde. Unter den Klängen des Präsentiermarsches schritt der Reichspräsident, begleitet vom Reichswehrminister, General Hoffe und dem Stabkommandanten von Berlin, General Schreiber, die Front der Ehrenkompanie ab. Der Reichspräsident begab sich hierauf im Krematorium, von der Menge immer wieder lebhaft begrüßt, in sein Palais zurück.

Feier der Berliner Schutzpolizei.

Wie alljährlich, so hielt auch in diesem Jahr die Berliner Schutzpolizei ihre Verfassungsfeier wieder im Lustgarten ab. Trotz des regnerischen Wetters hatte sich eine größere Zuschauermenge eingefunden. Polizeipräsident Gezeinski, Vizepolizeipräsident Dr. Weß, Oberst Hellriegel, Vertreter des Innenministeriums, der Kriminalpolizei, der Landjäger usw. waren zugegen. Die Feier wurde mit der Gemot-Quartette, vorgelesen von der Kapelle der Schutzpolizei, eröffnet. Hierauf ergriß Polizeipräsident Gezeinski das Wort zu einer Ansprache, in der er allen, die im vergangenen Jahre dem Staate treu gedient haben, seinen Dank aussprach. Der Polizeipräsident gedachte dann der durch Wechseldienst getalenen Polizeibeamten.

Durch eine Minute tiefsten Schweigens ehrte man die Toten. Die Fahnen senkten sich, dumpfer Trommelwirbel erscholl.

Nach dem Deutschlandlied überreichte der Polizeipräsident dem Kommandanten der Schutzpolizei eine von ihm

es kommt aber dazu der Beurlauben im Verwaltungsapparat oder, was noch schlimmer ist, das Gegenüberanderarbeiten von Behörden im Reich und in Preußen.

Ein Reichsministerium des Innern und ein preussisches Ministerium des Innern liefern in einer Zeit wie der heutigen einseitig kein; das gleiche gilt für das Reichsverwaltungsministerium und für das preussische Landesverwaltungsministerium. Das preussische Landesverwaltungsministerium verfügt über einen ausgezeichneten Beamtenapparat, der auch in der Lage ist, die Verkehrsfragen zu meistern — im Reichsverwaltungsministerium sehen trotzdem 26 Referenten.

Dieser Zwang zur Reform im Behördenwesen hat zu Überlegungen des preussischen Ministerpräsidenten geführt, die einsteilen das Ziel haben, die Verwaltungsreform ohne Verfassungsänderung durchzuführen, und zwar auf dem Wege der Verwaltungsgemeinschaften zwischen Reich und Preußen. Das gilt zum Beispiel für das Gebiet der Justiz, der Landwirtschaft usw. Es würde liberal begrüßt werden, wenn sich der preussische Ministerpräsident jetzt entschließen könnte, auf dem Gebiete der Reichsreform die Initiative zu ergreifen.

Eine Reichsreform gegen Preußen ist nicht möglich, mit Preußen aber in kurzer Zeit durchführbar.

Unabhängig von den Erörterungen, die über diese Fragen in der preussischen Staatsregierung gepflogen werden, und die sich bisher zu politischen Entscheidungen noch nicht verdichtet haben, ist es jetzt aber die Aufgabe des Reichsinnenministeriums, seinen Gesandten über die Reichsreform zur Diskussion zu stellen. Sollte sich zeigen, daß dafür eine parlamentarische Weisheit im Reichstag nicht zu erlangen ist, so bleibt demnach nur der Weg, den Volkseinstimmig zu veranlassen, der allein Aussicht auf Erfolg hat, den Volkseinstimmig zur Reichsreform.

Milderung der Rotverordnung.

Die Befugnisse der Länder werden eingeschränkt. — Das Reich muß zustimmen.

Berlin, 10. August.

Der Reichspräsident hat die bereits angeordnete Rotverordnung zur Milderung der Preußenverordnung, die ihm auf seinen persönlichen Wunsch von der Reichsregierung vorgelegt wurde, am Montagabend unterzeichnet. Die wichtigste Bestimmung der neuen Verordnung besteht darin, daß Kundgebungen der Länderregierungen auf Grund der Rotverordnung von der vorherigen Zustimmung der Reichsregierung abhängig gemacht werden.

Die neue Verordnung schreibt eine stärkere Zentralisierung bei der Handhabung des Rechtes vor, von einer periodischen Druckschrift die Aufnahme amtlicher Kundgebungen oder Eingebungen zu verlangen. Das Verlangen kann nur noch von einer obersten Reichs- oder Landesbehörde ausgehen. Die bisherige Möglichkeit der Delegation auf nachgeordnete Stellen fällt weg. Eine weitere Einschränkung ist für solche Verordnungen der obersten Landesbehörden vorgeschrieben, die sich als Kundgebungen darstellen.

Ihre Annahme kann nur im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern verlangt werden.

Die Art und Weise des Abdrucks zu regeln, ist den Ausführungsbestimmungen des Reichsministers des Innern überlassen, die auch die Zahlung einer Vergütung vorschreiben können, soweit der Abdruck einen bestimmten Umfang überschreitet.

Das Beschwerdeverfahren.

Um dem berechtigten Interesse entgegenzukommen, das die Öffentlichkeit und die von einem Verbot betroffene Zeitung an einer größtmöglichen Beschleunigung des Beschwerdeverfahrens haben, ist allgemein bestimmt, daß jeder Beschwerde über ein Zeitungsverbot binnen drei Tagen nach ihrer Einlegung auf der Instanzbehörde derjenigen Stelle zugeleitet sein muß, von der aus die Beschwerde dem Reichsgericht zur Entscheidung vorzulegen ist.

Wird die Frist veräumt, so ist das Verbot von der jeweils zuständigen Stelle, d. h. von der Stelle, die mit ihm bei oder nach Ablauf der Frist befaßt ist, ohne sachliche Prüfung sofort aufzuheben.

Diese Vorschrift ist nicht auf den Bereich der sogenannten Preußenverordnung beschränkt, sondern gilt auch für Zeitungsverbote, die auf Grund der ersten Verordnung des Reichspräsidenten zur Befämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 und auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik ergehen.

Von weiteren Milderungen der Preußenverordnung, wie sie angeregt worden sind, glaubte die Reichsregierung nicht absehen zu müssen. Insbesondere erschien es ihr angetrieben, die Maßnahmen zu beschleunigen oder abzumildern, die nach der Verordnung zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zulässig sind.

In den Ausführungsbestimmungen hat der Reichsminister des Innern sowohl für die Handhabung des Kundgebungs- und Eingebungsrechtes wie für den Erlaß von Presseverboten Richtlinien aufgestellt, die den

